Aufsteigen ist ergiebiger als studieren

Ein Hochschulstudium lohnt sich finanziell nur, wenn man später zum Chef aufsteigt. Leute mit Lehrabschluss kommen in Kaderpositionen auf deutlich höhere Löhne als Studierte ohne funktionellen Aufstieg.

Andreas Valda

NEUENBURG Das Beispiel stammt aus der Steuerberatung. Sabrina aus Solothurn hat die KV-Lehre abgeschlossen. Mit 32 tritt sie eine Stelle im mittleren Kader einer grösseren Firma an. Dort verdient sie 8300 Franken monatlich brutto. Dieser Lohn ist für ihr Alter, ihr Geschlecht und ihre Ausbildung normal, ein sogenannter mittlerer Lohn für 40 Stunden pro Woche Vollzeit und 13. Monatslohn.

Anders ihre gleichaltrige Kollegin Diana. Sie hat an der Uni Betriebswirtschaft studiert, sie ist nicht im Kader. Sie kommt auf 7200 Franken. Sehr viel höher steigt ihr Lohn als Spezialistin nicht. Mit 50 kann sie mit 8200 Franken rechnen, während der Lohn der Kaderfrau Sabrina, die «nur» das KV abschloss, auf 9600 Franken ansteigt. Man muss also nicht studiert haben, um einen schönen Zapfen zu haben.

Wer diese Unterschiede für seine Branche und seinen Beruf herausfinden will, der gehe auf die Internetseite «Salarium» des Bundesamtes für Statistik (BFS). Als Grundlage dient die zweijährliche Lohnstrukturerhebung, sie stützt sich ab auf 1,7 Millionen Löhnen von 37 000 Unternehmen. Die neusten Zahlen für 2016 sind gestern in Bern vorgestellt worden. Ob sich die Lohnverhältnisse Studierte/Nichtstudierte akzentuiert haben, konnte das BFS nicht sagen. Doch ihr Chefstatistiker Löhne hob den Befund speziell hervor. Er steht im Kontrast zum Ehrgeiz vieler Eltern, die ihre Kinder durchs Gymi und an die Universität bringen wollen, wohl mit der Vorstellung, dass ein Uniabschluss sie finanziell besserstelle. Doch dies gilt nur, wenn Uniabgänger auch funktionsmässig aufsteigen.

Lohnende Weiterbildung

Der Arbeitsmarktprofessor Georg Sheldon erklärt dies mit einem statistischen Effekt und einem ökonomischen Grund. Erstens rentiert nicht jedes Hochschulstudium. Ein Werkstoffingenieur oder eine Betriebswirtschaftlerin verdienen tendenziell mehr als ein Soziologe oder eine Lehrerin. Die Löhne ersterer Berufe liegen über dem mittleren Lohn (Medianlohn) der Uniabschlüsse, letztere darunter bei sonst identischen Bedingungen. Zweitens bezahlen Arbeitgeber mehr, je ertragreicher eine Stelle ist. Dies gelte speziell für Kaderstellen. Je besser die Führung, desto höher der Erfolg. «Da muss ein absolviertes Studium nicht notwendigerweise eine Rolle spielen», sagt Sheldon. Er bringt das Beispiel des Microsoft-Gründers Bill Gates. «Dieser hatte nicht einmal einen Bachelorabschluss. Seine berufliche Rolle war aber sehr ertragreich.»

Eingeschränkt gilt, dass für gewisse Berufe ein Studium vorausgesetzt wird. Ein Wirtschaftsprüfer wird nur gut verdienender Partner einer Beratungsfirma, wenn er nach der Lehre eine höhere Berufsausbildung oder Fachhochschule absolviert hat. Mit 32 Jahren schafft er so einen Monatslohn von 9500 Franken brutto.

Die finanziell «richtige Wahl»

Wer die Lohnperspektive als Richtschnur seines beruflichen Aufstiegs oder dem seiner Kinder nehmen will, sollte laut Statistik noch andere Punkte beachten. Hier sind die wichtigsten:

Die «richtige» Branche: Die Pharma- und die Finanzbranche zahlen die höchsten Saläre. Sie liegen dort um 9800 Franken. Gut zahlt man auch in Informatik, Telecom, Forschung und Entwicklung, Energieversorgung und den freien Berufen (Anwältin, Arzt, Architektin etc.). Eine schlechte Idee sind etwa Coiffeuse, Kellner, Rezeptionist, Reiseagentin oder Sicherheitsdienste.

Keine Teilzeitstelle: Teilzeitstellen sind im Trend, etwa zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber Leute mit weniger als einem 80-Prozent-Pensum haben einen kleineren Stundenlohn als jene mit Vollzeitstellen.

Arbeitnehmer bei der Weiterbildung: Eine solche lohnt sich oft mehr als ein Uni-Abschluss. Bild iStock

In der «richtigen» Region arbeiten: Angestellte in den Grossregionen Zürich oder Basel verdienen mehrere Hundert Franken mehr monatlich als solche in Bern, St. Gallen oder Lugano. Die höheren mittleren Löhne sind auf Finanz- und Pharmabranche zurückzuführen. Und immer noch hat das Geschlecht Einfluss auf die Bezahlung. Am Beispiel der 32-jährigen Steuerberaterin Sabrina (KV, mittleres Kader) gezeigt: Der mittlere Lohn eines Mannes mit gleichen Merkmalen beträgt 9300 Franken – 1000 Franken mehr als bei ihr. Und im Fall von Diana (32, Uniabschluss, kein Kader) käme ein Mann auf 8100 Franken (900 Franken mehr). Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern nimmt zwar ab, verschwunden ist es aber noch lange nicht.

Publireportage

Patrick Bumann, Regionenleiter Vermögensberatungskunden Romandie, Seeland / Sense und Jura

Zum sechsten Mal in Folge zeichnet das Wirtschaftsmagazin BILANZ die Valiant Bank für ihre Leistungen in der Vermögensberatung aus. Sie erreichte den 3. Platz und wurde zudem für ihre konstant sehr guten Testergebnisse mit dem Prädikat «langjähriger Qualitätsleader» ausgezeichnet.

Im Private Banking-Ranking des Wirtschaftsmagazins BILANZ gehört Valiant zu den Dauerbrennern. Nach zweimal Gold folgt nun Bronze für Valiant.

Sympathisch und lokal
Valiant überzeugte die Jury mit ihrem Beratungsprozess, dem Anlagevorschlag und ihrer sympathischen Art. Die erneute Top-Platzierung freut auch Patrick Bumann, Regionenleiter Vermögensberatungskunden Romandie, Seeland/Sense und Jura bei Valiant: «Entscheidend für den Erfolg war neben der lokalen Verankerung und dem strukturierten Beratungsprozess sicherlich die teamübergreifende Zusammenarbeit sowie die ganzheitliche Beratung», ist er überzeugt.

Bei den Kunden beliebt
Bei Valiant profitieren sowohl Privatkunden als auch Institutionelle Kunden von der hohen Anlagekompetenz. Die Volumen in den eigenen Valiant Fonds und in den Vermögensverwaltungsmandaten wachsen stetig an.

BILANZ LANGJÄHRIGER QUALITÄTSLEADER Valiant Private-Banking-Rating 2018

Valiant in Ihrer Nähe
Freiburg, Flamatt, Düdingen, Kerzers, Mühleberg, Murten

valiant.ch

wir sind einfach bank.

valiant

Novartis-Beratervertrag für Trumps Anwalt hat Folgen

Schweizer Justizbehörden tauschen sich im Fall des Vertrags von Novartis mit dem Anwalt Donald Trumps aus. Und in den USA verlangen Abgeordnete per Brief mehr Auskünfte zum Deal.

Holger Alich

BASEL/WASHINGTON Die Affäre um die Zahlung von 1,2 Millionen Dollar an die Beratungsfirma Essential Consultants von Donald Trumps Anwalt Michael Cohen zieht weitere Kreise. Schweizer Justizbehörden tauschen sich nach eigenen Angaben in dem Fall untereinander aus. In den USA fordern einflussreiche Mitglieder des US-Senats zudem detaillierte Informationen zu dem Beratervertrag ein. «Die Bundesanwaltschaft steht im Austausch mit den Kollegen der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt», erklärte die Bundesanwaltschaft auf die Frage, ob sie in dem Fall tätig geworden ist. Worin genau dieser Austausch zwischen den Strafermittlern besteht, dazu machte keine der Behörden weitere Angaben. «Gegenwärtig» gebe es kein Strafverfahren, hiess es. «Novartis wurde in dieser Angelegenheit von diesen Behörden nicht kontaktiert», teilte der Konzern mit.

Guter Draht wurde zu Geld

Vergangene Woche war bekannt geworden, dass Novartis im Februar 2017 einen Einjahresvertrag mit Essential Consultants abgeschlossen hatte, der Beratungsfirma von Donald Trumps persönlichem Anwalt Michael Cohen. Nach dem Regierungswechsel hatte Cohen entgegen seinen Erwartungen keinen Job in der US-Regierung bekommen. Daher versuchte er, seinen guten Draht zu Trump zu Geld zu machen. Mit Erfolg. Novartis zahlte Cohen pro Monat für ein Jahr 100 000 Dollar. Der Konzern hatte sich erhofft, mit Cohens Hilfe mehr über Trumps Pläne zur Gesundheitspolitik zu erfahren. Allerdings hat Cohen nie etwas Verwertbares geliefert, dennoch zahlte Novartis die volle Summe, weil der Vertrag nicht kündbar war.

Novartis bekam aus den USA dicke Post. Gleich zwei US-Senatoren von den Demokraten wandten sich in Briefen an den Konzern. Patty Murray, Mitglied des Gesundheitsausschusses des US-Senats, sowie Ron Wyden, Mitglied des Finanzausschusses, forderten den Pharmariesen auf, detaillierte Informationen zu dem umstrittenen Beratervertrag offenzulegen.

Wyden wundert sich

Wyden äussert in seinem Brief einen Verdacht: So seien die Zahlungen an Cohens Firma in eine Zeit gefallen, als Novartis mit den US-Gesundheitsbehörden über die Erstattungspreise der revolutionären neuen Krebstherapie Kymriah verhandelt habe. Wyden wundert sich über den Beratervertrag, denn weder sei Cohens Firma ein Beratungsunternehmen für den Gesundheitssektor, noch sei Cohen selbst in Washington als Lobbyist registriert. Zudem sei die Höhe der Zahlung bemerkenswert. So habe Novartis in den ersten 15 Monaten von Trumps Amtszeit 15 Lobbyfirmen beschäftigt und ihnen in der Zeit insgesamt 2,5 Millionen Dollar zukommen lassen.